



Liebe Leserinnen und Leser,

diese Woche wurde mir aufgetragen, gleich zwei Reden im Bundestag zu halten; Die erste zu dem Antrag der SPD *Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Bemessung der Regelsätze umsetzen – Die Ursachen von Armut bekämpfen*, die zweite zu dem Antrag der Linken *Europäisches Jahr gegen Armut*. Die Anträge, zu denen ich Donnerstags sprechen sollte, wurden mir erst einen Tag vorher zu gestellt. Viel Zeit für die neue Materie blieb da also nicht. Wir waren aber nicht unvorbereitet. Wir haben die letzten Monate genutzt und uns Stück für Stück in das Thema rund um Hartz IV eingearbeitet. Dennoch - spannend ist das Reden vor dem Hohen Haus immer noch.

Besonders spannend war auch das Zusammentreffen mit Journalistinnen von Focus, Spiegel, ZDF und anderen Sendern und Zeitungen zu dem die Frauen Union am Mittwoch Abend eingeladen hatte.

Diese Woche hat auch die erste Praktikantin in meinem Abgeordnetenbüro hier in Berlin angefangen. Anna Gerlach wird sich Ihnen weiter unten vorstellen und ihre ersten Eindrücke von Berlin und der Arbeit im Bundestag schildern.

Ihre

Mechthild Heil MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon (030) 227 77 040

Telefax (030) 227 76 423

Em@il mechthild.heil@bundestag.de

www.mechthild-heil.de

Hallo, mein Name ist Anna Gerlach und ich mache ein Praktikum bei der Abgeordneten Mechthild Heil. Meine erste Woche hier im Bundestag neigt sich dem Ende zu, sodass ich schon einen kleinen Einblick geben kann, wie mein Praktikantenleben in Berlin bisher verlaufen ist.

Ich kam montags morgens am Paul-Löbe-Haus an, in dem die Büros liegen, und musste erst einmal meinen Personalausweis abgeben, ebenso wie Tasche und Jacke, damit sie durchsucht werden konnten und danach selbst durch den Metalldetektor laufen. Nachdem ich die Sicherheitskontrolle bestanden hatte, durfte ich endlich in die Hallen der Macht eintreten. Ich merkte schnell, so ein Praktikum hier ist sehr beliebt, außer mir warteten noch zehn andere Praktikanten darauf, von den Mitarbeitern ihrer Abgeordneten abgeholt zu werden. Nach einer kurzen Führung durch das Haus, bekam ich meine erste Aufgabe: Ich sollte mir meinen Hausausweis abholen.

Also machte ich mich auf den Weg zur Ausweisstelle zwei Straßen weiter und ungefähr 40 Praktikanten standen an der Tür in einer langen Schlange im Regen, und es wurden immer mehr. Zwei Stunden später war es dann aber endlich soweit, ich hatte meinen „VIP-Ausweis“. Mit dem kam ich mir gleich sehr bedeutend vor, denn an den Sicherheitskontrollen konnte ich jetzt einfach vorbeilaufen, anmelden musste ich mich auch nicht mehr, ich gehörte jetzt dazu.

So konnte ich dann auch mit in die Ausschüsse. Hier befragten Abgeordnete der verschiedenen Fraktionen Experten zum Thema Alterszeit, um sich ihre Beschlüsse bestätigen zu lassen, und den politischen Gegner ebenfalls von diesen zu überzeugen. Außerdem war ich mit Frau Heil in der Arbeitsgemeinschaft Sport, da sich hier nur die Abgeordneten einer Partei trafen, war der Umgang der Politiker untereinander auch viel persönlicher als im Ausschuss. „Eberhard“ wurde zu „Ebse“ und ein schiefes Geburtstagslied wurde auch gesungen.

Der bisherige Höhepunkt des Praktikums war aber bisher ganz klar die Fraktionssitzung der CDU. Fast alle wichtigen Politiker der CDU waren anwesend. Angela Merkel, Norbert Röttgen, Kristina Schröder, auch Karl-Theodor zu Guttenberg schaute kurz vorbei. Es war sehr interessant, ihnen einmal bei der Arbeit zuzusehen, und selbst mitzuerleben, wie Politik gestaltet wird.

Ich habe in dieser Woche bisher schon viel gesehen und gelernt, es ist wirklich faszinierend, jetzt mitten im politischen Geschehen zu sein. Ich freue mich schon sehr auf die nächsten zwei Wochen und hoffe, dass sie auch so interessant und abwechslungsreich werden, wie diese.



Karlsruher Urteil zur Vorratsdatenspeicherung

Nach der aktuellen Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts werden wir die gesetzlichen Regelungen zur Speicherung der Telekommunikationsverkehrsdaten überarbeiten. Wir müssen in Zukunft noch genauer auf ein besonders hohes Maß an Datensicherheit achten. Insbesondere muss die Einhaltung der strengeren Schutzvorkehrungen staatlich kontrolliert werden. Auch an den Abruf und die Verwendung der Daten sind höhere Anforderungen zu stellen.

Wir müssen nun rasch zu einer Neuregelung gelangen, die unseren Ermittlungsbehörden das unverzichtbare Terrorbekämpfungsmittel der Speicherung der Telekommunikationsverkehrsdaten praktikabel zugänglich macht. Entgegen den ersten Schlagzeilen ist nicht die Vorratsdatenspeicherung als solche, sondern nur deren konkrete Umsetzung durch den Gesetzgeber verfassungswidrig. Eine verfassungskonforme Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung bleibt daher möglich und ist durch die entsprechende EU-Richtlinie auch geboten.

CDU/CSU wissen, was sie der Sicherheit unseres Landes und seiner Bürger schuldig sind. Da bis zu einer Neuregelung keine Grundlage für eine Datenspeicherung besteht, ist besondere Eile geboten.

EU-Kommission legt Frühjahrsprognose vor

Die Europäische Union wird sich nach Einschätzung der EU-Kommission nur schrittweise von den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise erholen. Für das laufende Jahr wird ein Zuwachs von lediglich 0,7 Prozent des BIP für die Länder der Europäischen Union erwartet, für Deutschland ein Wachstum von 1,2 Prozent.

Noch immer gibt es eine Reihe von Faktoren, die den wirtschaftlichen Aufschwung in Europa bremsen, so etwa die schwierige Lage auf den Immobilienmärkten und auf den Finanzmärkten in einigen Ländern. Hoffnung kommt von der unerwartet starken Erholung der Weltwirtschaft mit einem möglichen Wachstum von über 4 Prozent, von der auch die Länder der EU profitieren könnten.

Für eine nachhaltige Verbesserung der Wachstumsperspektiven in der Europäischen Union und für die Chance, mit anderen Wachstumszentren dieser Welt auf Dauer mithalten zu können, müssen aber die politischen Schwerpunkte richtig gesetzt werden, vor allem auf die Bereiche Bildung und Forschung, Beschäftigung oder umweltfreundliche Investitionen.

Das von der EU-Kommission nächste Woche voraussichtlich vorgelegte neue Konzept „Europa 2020“, das die EU-Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfel am 25. März beraten werden, muss sich diesen politischen Schwerpunkten widmen.

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“

Das Internet ist nicht länger nur eine technische Plattform, sondern entwickelt sich zu einem integralen Bestandteil des Lebens vieler Menschen. Gesellschaftliche Veränderungen finden maßgeblich im und mit dem Internet statt.

Wir haben uns im Koalitionsvertrag eindeutig zur Freiheit des Internets bekannt. Der Staat muss Rahmenbedingungen setzen, um das Internet als freiheitliches Medium zu schützen sowie seine Funktionsfähigkeit und Integrität zu erhalten und zu fördern. Für Bürgerinnen und Bürger, für Wirtschaft und Wissenschaft ist ein freier, ungehinderter Zugang zum Internet von großer Bedeutung und entscheidet mit über den Wohlstand eines Landes. Die Entfaltung der Freiheitsrechte, im besonderen Maße das Persönlichkeitsrecht und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung, müssen im digitalen Zeitalter gewahrt und ihre Durchsetzbarkeit gesichert werden. Die zunehmende Bedeutung des Internets und seine Nutzung durch die überwältigende Mehrheit der Menschen in unserem Land hat Folgen für die Gesellschafts-, Bildungs- und Rechtspolitik, die mit der Enquete-Kommission des Bundestages näher beleuchtet werden sollen. Dabei wird die Enquete-Kommission die Öffentlichkeit in besonderem Maße in ihre Arbeit einbeziehen.

Diese Woche im Parlament

In zweiter und dritter Lesung steht das Erste Gesetz zur Änderung des **Direktzahlungen-Verpflichtungengesetzes** zur Verabschiedung an, mit dem die zugrundeliegenden europäischen Verordnungen 1:1 umgesetzt werden. Es erfolgt die formale Umsetzung der neuen Cross-Compliance-Verpflichtungen im Bereich Wasserbewirtschaftung und Gewässerschutz. Zudem werden bestimmte Beihilfen im Weinsektor in den Anwendungsbereich des Gesetzes einbezogen.

Mit dem in zweiter und dritter Lesung anstehenden **Sozialversicherungs-Stabilisierungsgesetz** werden zum einen die im Koalitionsvertrag vereinbarten Sofortmaßnahmen für einen „Schutzschirm für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ umgesetzt. Damit sollen die konjunkturbedingten Mindereinnahmen in der Arbeitslosenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung aus Steuermitteln aufgefangen und so die Lohnnebenkosten stabilisiert werden.

In zweiter und dritter Lesung wollen wir das Gesetz zur **Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben** sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften verabschieden, mit dem insbesondere aktuelle Urteile des Europäischen Gerichtshofs sowie EU-Richtlinien in nationales Recht

umgesetzt werden. So wird der räumliche Geltungsbereich bei der Zulagenberechtigung der Riester-Förderung ausgeweitet und die steuerliche Förderung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen verbessert. Die Umsatzbesteuerung wird an die Liberalisierung des Postmarktes angepasst, um mehr Wettbewerb der Postdienstleister zuzulassen. Die Grundversorgung der Bürger mit Postdienstleistungen bleibt weiterhin umsatzsteuerfrei.

Anlässlich des **Internationalen Frauentages** am 8. März 2010 fordert der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Internationaler Frauentag – Gleichstellung national und international durchsetzen die Bundesregierung auf, sich verstärkt für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen einzusetzen und Benachteiligungen in Wirtschaft und Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft zu beseitigen.

Mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Bologna-Prozess vollenden – Länder und Hochschulen weiter unterstützen wird die Bundesregierung aufgefor-

dert, weiter engagiert für die **Vollendung des gemeinsamen europäischen Hochschulraumes** einzutreten sowie Länder und Hochschulen bei der weiteren Umsetzung der Bologna-Reformen zu unterstützen und verlässliche Perspektiven für die Verbesserung der Qualität der Lehre zu schaffen.

Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP **“11. Trilaterale Wattenmeer-Konferenz – UNESCO-Weltnaturerbe würdigt Schutz des Wattenmeeres“** würdigt die besondere Bedeutung der Trilateralen Wattenmeer-Zusammenarbeit und die Errungenschaften der letzten Jahre, wie beispielsweise die Listung des Wattenmeeres als UNESCO-Weltnaturerbe, den umfassenden Schutz des Ökosystems und die erfolgreiche Modernisierung der Ausrichtung und der Strukturen der Kooperation. Die Bundesregierung wird aufgefordert, das Wattenmeerforum weiter zu unterstützen, damit verbunden ist der Aufruf zum Nutzen der Chancen, die sich durch die Listung als Weltnaturerbe ergeben sowie die Forderung nach finanzieller Unterstützung.

Daten und Fakten

Durchschnittsverdiener nur selten von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen

Die übergroße Mehrzahl der Bezieher von ALG II haben in ihren vorherigen Jobs weit unterdurchschnittlich verdient. Etwa 80 Prozent der Betroffenen hatten in ihrer letzten Anstellung weniger als 1000 Euro, 50 Prozent sogar weniger als 500 Euro monatlich verdient. Lediglich jeder Zehnte Langzeitarbeitslose erzielte ein Einkommen von 1500 Euro oder mehr.

Über 3500 Euro kam lediglich ein Prozent. Die angeblich weitverbreitete Furcht vieler Durchschnittsverdiener, im Falle des Arbeitsplatzverlustes in die Langzeitarbeitslosigkeit abzugleiten, ist offensichtlich unbegründet.

(Quelle: IZA)

Schwellenländer für den deutschen Export immer wichtiger

Für die deutsche Exportwirtschaft gewinnen aufstrebende Wirtschaftsnationen wie China, Polen und die Türkei immer stärker an Bedeutung. Bereits im Zeitraum 2000 bis 2007 ging mehr als ein Drittel des deutschen Exportwachstums auf das Konto der Schwellenländer. Auch während der Wirtschaftskrise ist der Anteil dieser Märkte am deutschen Export weiter gewachsen: Im vergangenen Jahr hat er sich von 18 auf 25 Prozent erhöht. Das entspricht einem Plus von fast 130 Milliarden Euro. Experten gehen davon aus, dass dieser Trend anhalten wird. Hauptgrund hierfür sei die fortschreitende Industrialisierung der Schwellenländer, die zu einer steigenden Nachfrage nach Investitionsgütern deutscher Hersteller, z. B. Anlagen, Maschinen und Nutzfahrzeuge führe.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Starker Bevölkerungsrückgang in den neuen Bundesländern erwartet

2060 werden in den neuen Bundesländern (ohne Berlin) voraussichtlich 37 Prozent weniger Menschen leben als 2008. 36 Prozent der dort lebenden Menschen werden 65 Jahre oder älter sein. Infolge dieser Entwicklung geht die Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter um 50 Prozent auf vier Millionen zurück. Auch der Gebiete der alten Bundesrepublik werden von der demographischen Veränderung betroffen sein, allerdings nicht so stark. Bis 2060 ist hier von einem Bevölkerungsrückgang um 19 Prozent auszugehen. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte sich von heute 38 auf dann 26 Millionen verringern.

(Quelle: Statistisches Bundesamt)